



Deutscher Anwaltverein

Arbeitsgemeinschaft
Medizinrecht

20. Herbsttagung

vom 11. bis 12. September 2020 in Berlin

Arbeitsgruppe Arzthaftungsrecht

Rechtsprechungsüberblick Arzthaftung 2019

Rechtsanwältin Dr. Carolin Wever

Hamm

Rechtsprechungsüberblick Arzthaftung 2019

DAV Herbsttagung Berlin 2020

Rechtsanwältin Dr. Carolin Wever
Fachanwältin für Medizinrecht
Lehrbeauftragte der Universität Münster

Bergmann und Partner
Josef-Schlichter-Allee 38, 59063 Hamm
www.bergmannpartner.com
wever@bergmannpartner.com

1

„Highlight“?!



2

BGH, Urteil v. 21.05.2019 - VI ZR 299/17

Schockschaden Angehöriger

3

- zum **Schockschaden** entwickelten Grundsätze auch auf Fälle anwendbar, in dem das haftungsbegründende Ereignis kein Unfallereignis im eigentlichen Sinne, sondern eine **fehlerhafte ärztliche Behandlung** ist
- Angehöriger
- besonderes Näheverhältnis zu dem Geschädigten
- eigene Schadenersatz- und Schmerzensgeldansprüche, wenn er durch den Behandlungsfehler einen eigenen psychischen Schaden erleidet, der Krankheitswert besitzt

4

Haftung aus Behandlungsfehler



5

OLG Dresden, Beschl. vom 25.02.2019 - 4 U 1616/18 - BeckRS 2019, 944

Zurücklassen von Fremdkörpern
eröffnet vollbeherrschbaren Gefahren-
bereich

6

**OLG Koblenz, Beschluss vom 25.09.2017 - 5
U 427/17 - MedR 2019, 300**

- Labordaten müssen auch ohne primären Patientenkontakt zur Kenntnis genommen werden
- Mitverschulden eines Nachbehandlers kann nicht entlasten

7

**BGH, Urteil vom 19.02.2019 - VI ZR 505/17,
MedR 2019, 649
BGH, Beschluss vom 25.06.2019 - VI ZR
12/17, ZMGR 2019, 213**

Bewertung, ob ein Behandlungsfehler vorliegt und ob ein solcher Behandlungsfehler als grob einzustufen ist, hat sich an den Leitlinien wissenschaftlicher Fachgesellschaften und Richtlinien des gemeinsamen Bundesausschusses zu orientieren

8

Haftung aus Aufklärungsfehler



9

OLG Naumburg, Urteil v. 14.05.2019 - 1 U 48/18

- Abwarten kann aufklärungspflichtige Behandlungsalternative sein
- keine Aufklärungspflicht, wenn der operativen Therapie die erste Priorität zukommt und Strahlentherapie möglicherweise unbeherrschbare Folgen nach sich zieht
- Grundsatz der fachgleichen Begutachtung: neurochirurgischer Sachverständigen

10

**OLG Hamm, Beschluss vom 19. Juni 2019 – I-3 U
33/19**

- Wirbelsäulenchirurgie: Arzt verpflichtet, vor einem relativ indizierten Eingriff darüber aufzuklären, dass und mit welchem Risiko auch ein Aufschieben oder gänzliches Unterlassen der Operation möglich ist.
- Unerheblich, wenn Kläger auch ohne ausdrücklichen ärztlichen Hinweis wusste, dass die Möglichkeit bestand, von einer Operation abzusehen und die bestehenden Schmerzen weiter hinzunehmen

11

BGH, Urteil vom 28.05. 2019 – VI ZR 27/1

- Aufklärung: Haftung scheitert unter **Schutzzweck-
gesichtspunkten**, wenn sich nur ein Risiko verwirklicht, über das aufgeklärt werden musste und tatsächlich auch aufgeklärt worden ist
- Patient muss aber wenigstens eine Grundaufklärung über die Art und den Schweregrad des Eingriffs erhalten haben

12

OLG Dresden, Beschluss vom 06. 11.2019 – 4 U 1291/19

- Keine Aufklärungspflicht über Selbstverständlichkeiten
- Dass eine Kniepunktion auch mit gewissen Schmerzen verbunden ist, liegt auf der Hand
- „im Großen und Ganzen“

13

OLG Dresden, Urteil v. 02.10.2019 - 4 U 1141/19

- Aufklärungsfehler: „vegetative Reizerscheinung“ zur Bezeichnung eines Morbus Sudeck verharmlosend
- Hypothetische Einwilligung: Entscheidungskonflikt nicht plausibel: Klägerin hat selbst unter drastisch verschlechterten Umständen und unter dem geschilderten Eindruck einer drohenden Gehunfähigkeit einen stationären Aufenthalt abgelehnt

14

BGH, Urteil v. 15.10.2019 - VI ZR 105/18

- Aufklärung über Neulandmethode: wirbelsäulen-chirurgische Operation mit Erstreckung auf ein symptomloses Nachbarsegment
- Patienten müssen nicht nur über die Risiken und die Gefahr eines Misserfolges des Eingriffs aufgeklärt werden, sondern auch darüber, dass der geplante Eingriff (noch) nicht medizinischer Standard ist

15

OLG Frankfurt, Urteil vom 16.07.2019 - 8 U 228/17

- Aufklärung über radikale Zirkumzision bei 16-Jährigem
- alleinige Einwilligung nur des Patienten nicht ausreichend.
- Kein lediglich geringfügigen Eingriff, sodass es der Einwilligung beider Elternteile bedarf
- Weder die Einwilligung des Minderjährigen noch die des Vaters ausreichend, weil die Mutter des Klägers einer Operation sogar ausdrücklich widersprochen habe.

16

OLG Hamm, Beschluss vom 29.11.2019 - 12 UF 236/19

- Aufklärung über Schwangerschaftsabbruch bei 16-Jähriger
- Einwilligung keine rechtsgeschäftliche Verfügung, sondern hängt von der natürlichen Willensfähigkeit des Patienten ab
- Einwilligungsfähigkeit spricht nicht per se gegen ein Zustimmungserfordernis der Eltern, weil diesen nach § 1626 Abs. 1 BGB die Personensorge zusteht
- Aber stärkere Gewichtung des Selbstbestimmungsrechts des Minderjährigen (Selbstbestimmungsrecht, Art. 2 Abs.1 GG)
- bei Beratungen nach § 6 Abs. 3 Nr. 3 SchKG dürfen Eltern nur im Einvernehmen mit der Minderjährigen teilnehmen

17

Prozessuales



18

OLG Karlsruhe, Urteil vom 14.08.2019 - 7 U 238/18

- Einsichtnahmerecht in Behandlungsunterlagen für Angehörige nach Tod des Patienten nur dann, wenn der ausdrückliche oder mutmaßliche Wille des Patienten dem nicht entgegensteht
- Psychotherapeut steht bei der Prüfung des Patientenwillens ein Ermessen zu, das nur begrenzt gerichtlich überprüfbar sei,
- Behandlerseite muss nur darlegen, warum sie sich durch die Schweigepflicht an der Offenlegung der Unterlagen gehindert sieht

19

BGH, Beschluss vom 12. 3.2019 - VI ZR 278/18

- Keine alleinige Verwertung eines Schlichtungsstellengutachtens im Urkundsbeweis
- Zur Wahrung der prozessualen Waffengleichheit sei es notwendig, auch bei Vorliegen eines negativen Schlichtungsstellen-Gutachtens die Substantiierungslasten gering zu halten

20

**OLG Bremen, Beschluss vom 12.06.2019
- 5 W 6/19 -**

- Selbstständiges Beweisverfahren ausnahmsweise unzulässig
- Fragestellung, die undifferenziert jedes mögliche Fehlverhalten im Zusammenhang mit der Behandlung eines Patienten erfassen soll, erfüllt die Anforderungen an die notwendige Substantiierung nicht

21

**OLG Dresden, Beschl. V. 07.08.2019
– 4 W 629/19 -**

- Ablehnung des Sachverständigen wegen Befangenheit berechtigt
- Hinweis des Sachverständigen bei der körperlichen Untersuchung des Klägers, dass sich die Klage gegen die falschen Beklagten und Fehler eher in der späteren Behandlung durch andere Ärzte liegt, die aber noch nicht verklagt waren

22

**Herzlichen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**



Dr. Carolin Wever

Fachanwältin für Medizinrecht
wever@bergmannpartner.com